Paradoxe Erfolge: Warum die AfD bei den Integrationsratswahlen 2025 punkten konnte

Jessica Kuhlmann - Conrad Ziller · 12. Januar 2026
Über Politik aus der Wissenschaft

Jessica Kuhlmann & *Conrad Ziller*

Eine migrationsfeindliche Partei in einem Gremium für Zugewanderte?

Die Integrationsratswahlen 2025 in Nordrhein-Westfalen haben für erhebliche mediale Aufmerksamkeit gesorgt – und das aus gutem Grund. Dass die rechtsextreme Alternative für Deutschland (AfD) ausgerechnet in Gremien Erfolge feiert, die zur politischen Repräsentation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte geschaffen wurden und in denen ausschließlich diese wahlberechtigt sind, wirkt auf den ersten Blick paradox. Wie kann eine Partei, deren politisches Programm sich zentral gegen Zuwanderung richtet, bei Wähler:innen mit Migrationsgeschichte punkten?

Abbildung 1 zeigt die Gemeinden, in denen bei Integrationsratswahlen 2025 die AfD antrat. Die Wahlergebnisse zeigen dabei erhebliche Unterschiede zwischen den Kommunen: Während die AfD in Düsseldorf nur knapp 9% erreichte, erzielte sie in Sankt Augustin über 51% der Stimmen. Diese Variation wirft die Frage auf, welche Faktoren diese Erfolge der AfD erklären können. Sind es sozioökonomische Bedingungen wie Arbeitslosigkeit und sinkende Kaufkraft, die auch bei Zugewanderten Unzufriedenheit schüren? Oder liegt der Schlüssel in der institutionellen Struktur dieser Wahlen selbst?

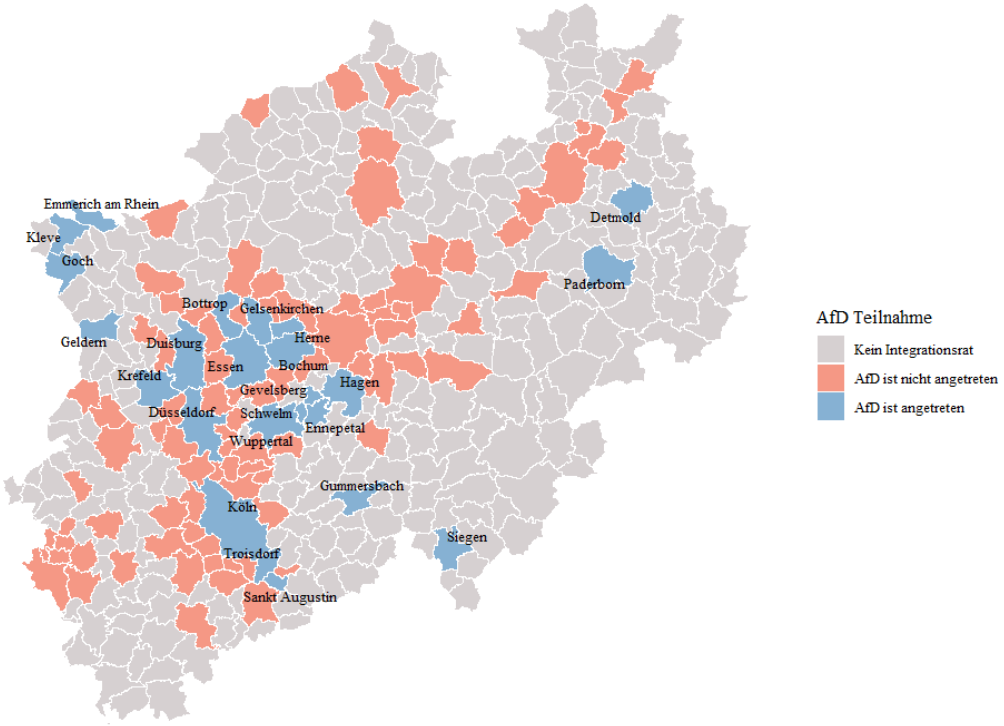
Integrationsräte: Symbolische Partizipation mit begrenzter Macht

Um die AfD-Erfolge zu verstehen, muss man zunächst die Besonderheiten der Integrationsräte kennen. Diese kommunalen Gremien wurden geschaffen, um Personen

ohne deutsche oder EU-Staatsbürgerschaft – die also von regulären Wahlen ausgeschlossen sind – eine Stimme in der Lokalpolitik zu geben. In NRW sind Integrationsräte in Kommunen mit mehr als 5.000 ausländischen Einwohner:innen verpflichtend. Wahlberechtigt sind Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, Eingebürgerte sowie Deutsche mit doppelter Staatsbürgerschaft.

Allerdings haben diese Gremien nur beratende Funktion und erhalten wenig öffentliche Aufmerksamkeit. Oftmals treten bei diesen Wahlen parteiunabhängige und thematische Listen (z.B. „Liberale Liste“) sowie Bündnisse bestimmten Herkunftsgemeinschaften (z.B. „Polnisch-Deutsche Liste“) und Einzelkandidierende an. Zwar treten auch etablierte Parteien mit eigenen Listen bei Integrationsratswahlen an, jedoch nicht in allen Gemeinden. Die strukturellen Schwächen der Integrationsratswahlen tragen dazu bei, dass diesen Wahlen nur geringe Aufmerksamkeit zuteilwird. Dies zeigt sich insbesondere in der niedrigen Wahlbeteiligung: 2025 lag sie bei lediglich 15,5%, verglichen mit 51,9% bei den parallel stattfindenden Kommunalwahlen.

Abbildung 1: AfD-Teilnahme an Integrationsratswahlen in Nordrhein-Westfalen



Zwei konkurrierende Erklärungen: Wirtschaftliche Benachteiligung oder politische Gelegenheitsstruktur?

Für den Erfolg rechtspopulistischer Parteien werden in der Forschung typischerweise zwei Erklärungsansätze diskutiert. Der erste betont die Rolle sozioökonomischer Benachteiligung: Hohe Arbeitslosigkeit, sinkende Kaufkraft und Konkurrenz durch neue Zuwanderung könnten auch bei etablierten Migrant:innen Unzufriedenheit erzeugen und sie für rechtspopulistische Botschaften empfänglich machen.

Der zweite Ansatz fokussiert auf politische Gelegenheitsstrukturen: In Wahlen mit geringer Beteiligung etablierter Parteien kann die AfD ihre Botschaften ungehindert verbreiten und mit minimalem Aufwand Erfolge erzielen. Die Hypothese: Je weniger Konkurrenz durch demokratische Parteien, desto größer der Spielraum für die AfD.

Unsere Analyse von 113 Kommunen in NRW, die 2025 Integrationsratswahlen abhielten, liefert klare Ergebnisse zugunsten des zweiten Erklärungsansatzes.

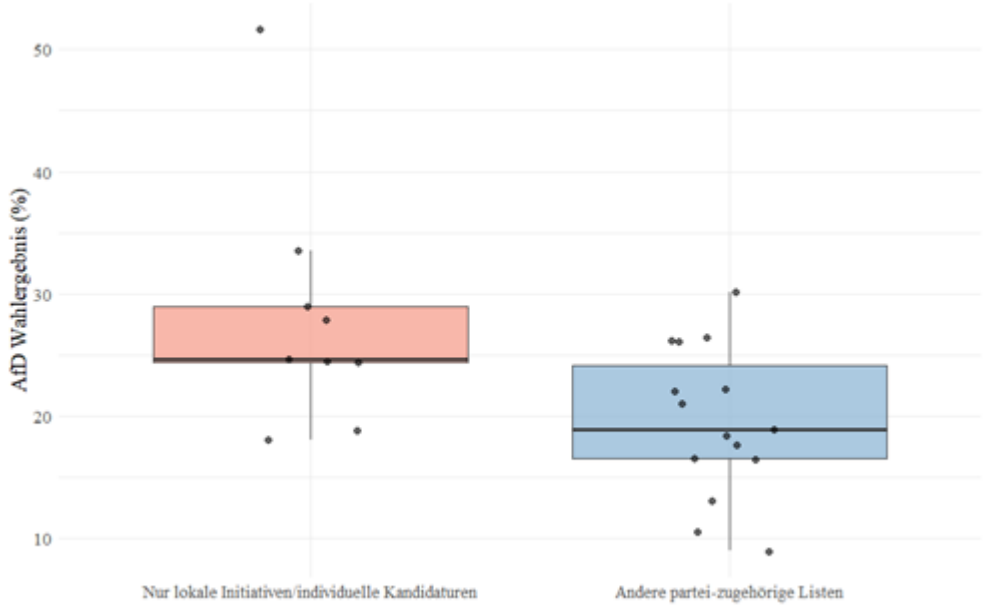
Ergebnisse: Wettbewerb ist entscheidend

Die AfD trat in nur 24 der 113 Kommunen (21,2%) mit einer Liste an. Interessanterweise war die AfD-Teilnahme nicht häufiger in Kommunen mit geringem Parteienwettbewerb – im Gegenteil: Die AfD kandidierte eher dort, wo auch andere etablierte Parteien Listen aufstellten. Dies deutet auf einen „Bandwagon-Effekt“ hin: Die AfD scheint verstärkten Parteienwettbewerb als Signal für politische Relevanz zu interpretieren und sich entsprechend zu positionieren.

Entscheidend ist jedoch das Ergebnis: Der AfD-Wahlerfolg war dort am größten, wo wenig Konkurrenz bestand, d.h. keine anderen partei-zugehörigen Listen antraten. Abbildung 2 zeigt die Verteilung des AfD-Wahlergebnisses, je nachdem ob es Konkurrenz durch etablierte Parteien gab (rechter Boxplot) oder nicht (linker Boxplot). Die schwarzen horizontalen Linien zeigen den Median, die Box zeigt jeweils, in welchem Bereich die mittleren 50% der Beobachtungen zu verorten sind. Im Durchschnitt erzielte die AfD 28,1% in Kommunen ohne andere Parteien-Listen, aber nur 19,7% dort, wo etablierte Parteien antraten. Dieser Unterschied ist statistisch signifikant. Auch illustriert das Extrembeispiel Sankt Augustin den Befund eindrücklich: Die AfD erreichte dort 51,6%

der Stimmen – bei nur einer einzigen Konkurrenzliste und keiner anderen etablierten Partei.

Abbildung 2: AfD-Wahlergebnis nach Wettbewerbssituation



Eine weiterführende statistische Analyse bestätigt dieses Bild: Sowohl die Anzahl der etablierten Parteien als auch die Gesamtzahl der Konkurrenten reduzieren den AfD-Stimmenanteil signifikant. Zugleich geht ein hoher AfD-Stimmenanteil mit einer erhöhten Wahlbeteiligung einher. Sozioökonomische Faktoren – Veränderungen in Arbeitslosenquoten, Kaufkraft und Asylbewerberquoten zwischen 2013 und 2023 – zeigen hingegen keine statistisch bedeutsamen Effekte auf den AfD-Wahlerfolg.

Was bedeutet das für demokratische Parteien?

Diese Befunde haben wichtige Implikationen für die demokratische Praxis. Integrationsräte mögen symbolische Gremien mit begrenzter Macht sein – doch gerade deshalb werden sie von rechtspopulistischen Akteuren als strategische Arenen genutzt. So gab es in Kommunen wie Paderborn Berichte über informelle Absprachen etablierter Parteien, keine Listen aufzustellen – während die AfD diese Lücke nutzte. Die AfD kann hier mit geringem Aufwand Präsenz zeigen, Antieliten-Narrative verbreiten und sich als „Alternative“ für politisch desillusionierte Wähler:innen positionieren.

Etablierte Parteien können dem entgegenwirken: Durch aktive Beteiligung an Integrationsratswahlen wird nicht nur die Wahlbeteiligung erhöht, sondern auch der politische Raum für rechtspopulistische Mobilisierung eingeschränkt. Die Ergebnisse zeigen, dass dort, wo CDU, SPD oder Grüne kandidieren, die AfD deutlich schlechter abschneidet.

Dabei geht es nicht nur um Wahlkampf im engeren Sinne. Mainstream-Parteienbeteiligung legitimiert Integrationsräte als bedeutsame demokratische Foren und bietet Wähler:innen mit Einwanderungsgeschichte programmatische Alternativen sowie Verbindungen zu breiteren politischen Agenden.

Ausblick: Integrationsratswahlen ernst nehmen

Mit der Novellierung der Gemeindeordnung, die der nordrhein-westfälische Landtag im Juli 2025 beschlossen hat, werden die Integrationsräte in „Ausschüsse für Chancengleichheit und Integration“ umbenannt. Damit sollen die Aufgaben und Ziele jenseits eines eng gefassten Integrationsbegriffs betont werden. Ob mit der Umbenennung auch ein erweiterter Handlungsspielraum dieser Gremien zu erwarten ist, wird sich zeigen. In jedem Fall sollten demokratische Parteien diese Entwicklung als Chance begreifen, um künftigen Wahlen mit mehr Engagement zu begegnen.

Unsere Studie zeigt: Der AfD-Erfolg bei den Integrationsratswahlen 2025 ist weniger Ausdruck einer tiefen ideologischen Übereinstimmung zwischen der Partei und Wähler:innen mit Migrationsgeschichte. Vielmehr spiegelt er ein institutionelles Vakuum wider, das entsteht, wenn Parteien diese Wahlen vernachlässigen. Die gute Nachricht: Dieses Vakuum lässt sich füllen – durch aktive Beteiligung demokratischer Parteien.

Literaturhinweise

Goerres, A., Spies, D. C., & Kumlin, S. (2018). The electoral supporter base of the alternative for Germany. Swiss Political Science Review, 24(3), 246-269.

Mau, S., Lux, T., & Westheuser, L. (2023). Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Suhrkamp Verlag.

Spies, D. C., Mayer, S. J., Elis, J., & Goerres, A. (2022). Why do immigrants support an anti-immigrant party? Russian-Germans and the Alternative for Germany. West European Politics, 46(2), 275-299.

Vierus, P., Ziller, C., & Marx, N. (2022). Grenzen politischer Repräsentation: Determinanten der Wahlbeteiligung bei Integrationsratswahlen in Nordrhein-Westfalen. KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 74(4), 525-551.

Studie

Die Studie befindet sich momentan im Begutachtungsprozess einer politikwissenschaftlichen Fachzeitschrift. Das Arbeitspapier kann hier heruntergeladen werden:

Kuhlmann, Jessica and Ziller, Conrad, Between Socioeconomic Decline and Lack of Political Competition: What Explains the Success of the AfD in North Rhine-Westphalia's 2025 Integration Council Elections? (November 03, 2025). Available at SSRN: http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.5697882

Zitation: Jessica Kuhlmann und Conrad Ziller: Paradoxe Erfolge: Warum die AfD bei den Integrationsratswahlen 2025 punkten konnte, Erschienen in „Über Politik aus der Wissenschaft", Herausgeber Achim Goerres, 19.01.2026, abrufbar unter https://www.politik-wissenschaft.org/2026/01/12/afd_integrationsratswahl/, DOI: https://doi.org/10.17185/politik-wissenschaft/20260119

Jessica Kuhlmann - Conrad Ziller (2026): Paradoxe Erfolge: Warum die AfD bei den Integrationsratswahlen 2025 punkten konnte. Empirische Politik UDE.
https://www.politik-wissenschaft.org/2026/01/12/afd_integrationsratswahl/
Lesefassung aus dem Onlinebeitrag. Interaktive Inhalte sind in der Onlinefassung verfügbar.